

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Veranstaltung "Familien in der Krise - Die Suche nach einer Work-Life-Balance in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld" ...2	
COFACE veröffentlicht ihren Geschäftsbericht 2013.....	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EuGH über die Ansprüche eines Deutschen auf Familienleistung in Luxemburg	2
Öffentliche Konsultation zur Strategie „Europa 2020“	2
EU-Kommission stimmt dem Partnerschaftsabkommen mit Deutschland für ESIF zu.....	3
EU-Konferenz und Umfrage über Arbeitsbedingungen in Europa	3
Öffentliche Konsultation zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR)	3
EuGH überprüft deutsches Aufenthaltsgesetz bei Ehegattennachzug.....	3
Konferenz über die Mobilisierung sozialpolitischer Innovationen.....	3
EU-Ratstagung für Bildung, Jugend, Kultur und Sport.....	4
EU-Kommission startet Kampagne „e-Skills for Jobs“	4
Rat der EU stimmt der Entsendungsrichtlinie endgültig zu.....	4
EuGH legt Grenzwerte für Schwermetalle in Spielzeug für Deutschland fest	4
Regeln zu Hartz-IV für EU-Ausländer/innen in Deutschland europarechtskonform.....	5
Weitere Nachrichten	5
Frankreich: Kollegen/innen können Urlaubstage für Eltern kranker Kinder spenden	5
Europäischer Tag der Solidarität zwischen den Generationen	5
Internationaler Muttertag.....	5
20-jähriges Jubiläum vom Internationalen Tag der Familie am 15. Mai	5
Internationaler Tag gegen Homophobie	6
Internationaler Weltspieltag.....	6
Veranstaltung über EU-Familienzusammenführungsrecht für Drittstaatsangehörige	6
Europäischen Jugendevent EYE2014	6
Weltjugendkonferenz 2014	7
Deutschland: Einreisesperren für EU-Bürger/innen bei Sozialmissbrauch	7
Mehr Nachhaltigkeit in der europäischen Lebensmittelkette	7
Berichte und Studien	7
Berichte zur Umsetzung der Empfehlung „Investitionen in Kinder“ erschienen.....	7
Eurochild veröffentlicht seine Prioritäten für die italienische Ratspräsidentschaft.....	8
FRA veröffentlicht Bericht über politische Teilnahme von Menschen mit Behinderung in der EU	8
Eurostat: Zahlen zu Arbeitslosenquote in der EU.....	8
Bericht zur Lage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa	8
OECD-Studie zu Einwanderung	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Neuigkeiten aus der COFACE

Veranstaltung "Familien in der Krise - Die Suche nach einer Work-Life-Balance in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld"

Die COFACE hat in Kooperation mit ihrer griechischen Mitgliedsorganisation, KMOP, und in enger Zusammenarbeit mit der griechischen Ratspräsidentschaft die Veranstaltung "Familien in der Krise - Die Suche nach einer Work-Life-Balance in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld" am 28./29. April 2014 in Athen organisiert. Mehr als 100 Teilnehmer/innen diskutierten über die Auswirkungen der Krise auf die Familien, deren Arbeit, Privatleben und Gesundheit und tauschten sich über mögliche Lösungswege aus. Besonders wurde die Situation der betroffenen Frauen und Kinder in den süd- und osteuropäischen Staaten hervorgehoben.

- [Pressemitteilung der COFACE zur Veranstaltung am 28./29. April 2014 in Athen](#)  

COFACE veröffentlicht ihren Geschäftsbericht 2013

Die COFACE hat ihren Geschäftsbericht für 2013 veröffentlicht. Darin werden alle Aktivitäten und Projekte rund um das Thema Familien in Europa aus dem Jahr 2013 aufgeführt. Besondere Aufmerksamkeit gelten dem Thema Cyberbullying und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- [COFACE Geschäftsbericht 2013](#)  

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EuGH über die Ansprüche eines Deutschen auf Familienleistung in Luxemburg

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied in seinem Urteil vom 08. Mai 2014, dass bei deutschen Grenzgängern/innen, die in Luxemburg Anspruch auf Familienleistungen haben, das deutsche Elterngeld des Partners bei der Ermittlung des luxemburgischen Anspruchs nicht angerechnet werden darf. Somit haben deutsche Grenzgänger/innen künftig auch während der Elternzeit ihres Partners Anspruch auf luxemburgische Familienzulagen. In dem Urteil verwies das Gericht darauf, dass das deutsche Elterngeld keine Leistung gleicher Art wie die nach luxemburgischem Recht vorgesehenen Familienzulagen sei. Aus diesem Grund dürfe das im EU-Recht verankerte Verbot, gleichartige Sozialleistungen zu kumulieren, nicht angewendet werden.

- [Urteil des EuGH über Kindergeld für Grenzgänger in Deutschland](#)

Öffentliche Konsultation zur Strategie „Europa 2020“

Die EU-Kommission hat am 05. Mai 2014 eine öffentliche Konsultation zur Strategie „Europa 2020“, dem Plan für mehr Wachstum und Beschäftigung in der EU, gestartet. Bis zum 31. Oktober 2014 können Bürger/innen und Organisationen der EU-Kommission ihre Sicht auf die bisherige Umsetzung und ihre Ansichten, worauf sich die Strategie in den nächsten Jahren konzentrieren sollte, mitteilen. Die Beiträge zu dieser Konsultation sollen in den Zwischenbericht zur Europa 2020 Strategie einfließen, den die EU-Kommission Anfang 2015 vorstellen wird.



- [Öffentliche Konsultation zur Strategie „Europa 2020“](#) 

EU-Kommission stimmt dem Partnerschaftsabkommen mit Deutschland für ESIF zu

Die EU-Kommission hat ein Partnerschaftsabkommen mit Deutschland über die Nutzung der EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) für Wachstum und Beschäftigung im Zeitraum 2014-2020 gebilligt. Dadurch sollen unter anderem Arbeitslosigkeit bekämpft und Wachstum vorangetrieben werden. Darüber hinaus werden unternehmerische Initiativen unterstützt, die der sozialen Ausgrenzung entgegenwirken sollen.

EU-Konferenz und Umfrage über Arbeitsbedingungen in Europa

Die EU-Kommission organisierte am 28. April 2014, dem „Welttag für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“, eine Konferenz über Arbeitsbedingungen in Europa. Ca. 300 Stakeholder diskutierten Ansätze für die Weiterentwicklung von Arbeitsbedingungen in der EU, um ein hohes Maß an Qualität, Sicherheit und Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu gewährleisten. Zudem vereinbarten die EU-Kommission und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine verstärkte Zusammenarbeit bei Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Die Ergebnisse einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage, die zeigen, dass sich die Arbeitsbedingungen in Europa in den letzten fünf Jahren verschlechtert haben, wurden in die Diskussion mit einbezogen,

- [Pressemitteilung zur Vereinbarung zwischen EU-Kommission und ILO](#)
- [Ergebnisse der Eurobarometer –Umfrage über Arbeitsbedingungen in Europa](#)  

Öffentliche Konsultation zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR)

Die EU-Kommission hat am 29. April 2014 eine öffentliche Konsultation zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility (CSR)) gestartet. Bis zum 15. August 2014 haben EU-Bürger/innen die Möglichkeit, die auslaufende CSR-Strategie 2011-2014 zu bewerten. Die Ergebnisse sollen als Basis für die im November 2014 stattfindende Vollversammlung des EU-Stakeholder Forums dienen und in die zukünftige Ausrichtung der CSR-Politik der EU-Kommission nach 2014 einfließen.

- [Öffentliche Konsultation zur sozialen Verantwortung von Unternehmen \(CSR\)](#)

EuGH überprüft deutsches Aufenthaltsgesetz bei Ehegattennachzug

Der EuGH muss überprüfen, ob das deutsche Aufenthaltsgesetz über den Sprachnachweis beim Ehegattennachzug Drittstaatsangehöriger/innen (im Klagefall stammt die Person aus der Türkei) mit dem EU-Recht der Familienzusammenführung und mit der sog. Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Nach Ansicht von EuGH-Generalanwalt Paolo Mengozzi verstößt die 2007 eingeführte Spracherfordernis gegen das EU-Recht der Familienzusammenführung und ist auch nicht mit der Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar. Die Entscheidung des EuGH wird erst in einigen Monaten erwartet.

- [Schlussanträge des Generalanwalts zum Aufenthaltsgesetz bei Ehegattennachzug](#) 

Konferenz über die Mobilisierung sozialpolitischer Innovationen

Die EU-Kommission hat eine Konferenz über soziale Innovation im Zeichen der Mobilisierung für ein sozialeres Europa am 19./20. Mai 2014 in Brüssel durchgeführt. Über 300 Delegierte diskutierten über die Frage, wie man durch Innovationen dazu beitragen kann, mit sozialpolitischen Reformen einen höheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen zu erzielen. Dabei wurden Erfahrungen aus den

Mitgliedstaaten vorgestellt und die Frage beleuchtet, wie durch sozialpolitische Innovationen die mit der Strategie Europa 2020 angestrebten beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele verwirklicht werden können.

EU-Ratstagung für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Am 20./21. Mai 2014 fand die Ratstagung der Minister für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel statt. Der Bildungsrat verabschiedete Schlussfolgerungen zur wirksamen Lehrerbildung und zur Qualitätssicherung in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Er nahm unverbindliche Schlussfolgerungen zur Mehrsprachigkeit an, in denen zum einen die Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit ergreifen sollen und zum anderen die EU-Kommission aufgefordert wird, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, wie die Fremdsprachenkompetenz in den einzelnen Mitgliedstaaten evaluiert und europaweit verglichen werden kann. Weiterhin wurde im Bildungsbereich über die Qualitätssicherung bei der Erbringung grenzüberschreitender Hochschulbildung und die Aktualisierung der Europa 2020-Strategie diskutiert.

Im Jugendbereich hat der Rat Beschlüsse für einen EU-Arbeitsplan für Jugend 2014-2015 und einen strukturierten Dialog verabschiedet sowie Schlussfolgerungen über die „Förderung des Jugendunternehmertums bzw. der gesellschaftlichen Eingliederung junger Menschen“ angenommen.

Die Kulturminister/innen haben erstmalig Schlussfolgerungen zum Kulturerbe als eine strategische Ressource für ein nachhaltiges Europa angenommen.

Auch der Sportministerrat verabschiedete seinen Arbeitsplan (2014-2017) und äußerte sich darüber hinaus zur Geschlechtergleichstellung im Sport, darunter zur Frage der Vertretung von Frauen in Sport-Gremien und zur Prävention von Belästigung und sexueller Gewalt.

- [Pressemitteilung des Rats der EU mit den zusammengefassten Ergebnissen der Sitzung](#)  

EU-Kommission startet Kampagne „e-Skills for Jobs“

Am 06. Mai 2014 hat die EU-Kommission die Kampagne „e-Skills for Jobs“ gestartet. Damit sollen digitale Kompetenzen stärker ins Bewusstsein der EU-Bevölkerung gerückt werden. Zudem hat die EU-Kommission eine Studie vorgestellt, wonach sich mehr als 60 Prozent der freien Stellen, die digitale Kompetenzen voraussetzen, in Deutschland, Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich befinden.

- [Internetpräsenz der Kampagne „e-Skills for Jobs“](#)
- [Studie „e-Skills in Europe: measuring Progress and Moving Ahead“](#)

Rat der EU stimmt der Entsendungsrichtlinie endgültig zu

Der Rat der EU hat den neuen Regeln zur Arbeitnehmerentsendung (siehe [Europa News April 2014](#)) endgültig zugestimmt. Die Rechte von ins Ausland entsandten Arbeitnehmern/innen werden künftig besser geschützt.

EuGH legt Grenzwerte für Schwermetalle in Spielzeug für Deutschland fest

Die erste Instanz des EuGH hat mit dem Urteil vom 14. Mai 2014 einen Beschluss der EU-Kommission aus dem Jahr 2012 bestätigt, wonach Deutschland seine strengeren Grenzwerte für Arsen, Quecksilber und Antimon in Spielzeug nicht beibehalten darf. Stattdessen müssen die europäischen Grenzwerte der Spielzeugrichtlinie aus 2009 berücksichtigt werden. Ein entsprechender Beschluss für die Grenzwerte für Blei wurde aus formellen Gründen für teilweise nichtig erklärt. Das Gericht gab der EU-Kommission den Auftrag,

für Blei neue Grenzwerte zu erarbeiten. Die EU-Kommission will dieser Aufforderung noch im Jahr 2014 nachkommen.

- [Urteil zu Grenzwerten für Schwermetalle in Spielzeug in Deutschland](#) 

Regeln zu Hartz-IV für EU-Ausländer/innen in Deutschland europarechtskonform

Der Generalanwalt des Gerichtshofs der EU hat am 20. Mai 2014 seine Schlussanträge in dem Vorabentscheidungsersuchen des Sozialgerichts Leipzig zur Gewährung von existenzsichernden beitragsunabhängigen Sozialleistungen an EU-Ausländer/innen gestellt. Er ist der Ansicht, dass Deutschland europarechtskonform handelt, wenn es Staatsangehörigen anderer EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage eines allgemeinen Kriteriums (z. B. dem Grund für die Einreise), mit dem das Fehlen einer tatsächlichen Verbindung zu Deutschland nachgewiesen wird, Sozialleistungen für hilfebedürftige verweigert. Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Gerichtshof nicht bindend.

- [Schlussanträge des Generalanwalts: Regelung des Hartz-IV für EU-Ausländer/innen in Deutschland](#)

Weitere Nachrichten

Frankreich: Kollegen/innen können Urlaubstage für Eltern kranker Kinder spenden

Das französische Parlament hat dem Gesetzesentwurf des französischen Politikers Paul Salen zugestimmt. Mit dem neuen Gesetz ist es Arbeitnehmern/innen erlaubt, freie Urlaubstage an Kollegen/innen abzugeben, die ein krankes Kind versorgen müssen.

Europäischer Tag der Solidarität zwischen den Generationen

Seit 2009 wird jährlich am 29. April der europäische Tag der Solidarität zwischen den Generationen begangen. Europaweit werden zahlreiche Projekte und Veranstaltungen ermöglicht, die die Begegnungen zwischen Jung und Alt ermöglichen und so den intergenerationellen Dialog fördern.

Internationaler Muttertag

Der internationale Muttertag wird zu Ehren der Mutter und Mutterschaft in mehr als 40 Staaten begangen. Im deutschsprachigen Raum findet er wie in vielen anderen Staaten am zweiten Sonntag im Mai statt. Zu diesem Anlass hat das Statistische Bundesamt (Destatis) aktuelle Zahlen zu Sonn- und Feiertagsarbeit von Frauen veröffentlicht. Danach arbeiten 26 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern in Deutschland an Sonn- und Feiertagen. Die Sonn- und Feiertagsarbeit hat in den letzten Jahren zugenommen.

20-jähriges Jubiläum vom Internationalen Tag der Familie am 15. Mai

Der internationale Tag der Familie wird weltweit jährlich am 15. Mai begangen. Von der UN-Generalversammlung initiiert, wurde er 1994 im internationalen Jahr der Familie erstmalig gefeiert, um an die Bedeutung der Familie als grundlegende Einheit zu erinnern und die öffentliche Unterstützung für Familien zu propagieren. Seitdem werden an diesem Tag weltweit von Regierungen und NGOs Programme und Veranstaltungen durchgeführt. Das Hauptthema für 2014 war "Die Rolle der Familie zur Erreichung der Millenniumsziele der UNO" mit den Schwerpunkten Familienarmut und soziale Ausgeschlossenheit, Vereinbarung von Beruf und Familie und die Stärkung der sozialen Integration und der Solidarität unter den Generationen innerhalb der Familien und der Gesellschaft. Die Besonderheit in diesem Jahr war das 20

jährige Jubiläum des Internationalen Tags der Familie. Anlässlich des Jubiläums mahnte die AGF, sich familienpolitisch nicht auf Einzelmaßnahmen auszuruhen, sondern weiterhin konsequent an einer familiengerechten Gesellschaft zu arbeiten.

- [Pressemitteilung der AGF: 20 Jahre Internationales Jahr der Familie – vom Gedöns zum Grundstein der Gesellschaft?!](#)

Internationaler Tag gegen Homophobie

Seit 2005 wird der Internationale Tag gegen Homophobie weltweit jährlich am 17. Mai begangen. Er soll dazu dienen, Respekt und Toleranz für Lesben und Schwule einzufordern. Die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) hat die Ergebnisse ihrer EU-weiten Umfrage (siehe [Europa News Mai 2013](#)) über Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen (LGBT), die letztes Jahr veröffentlicht wurde, weiter ausgewertet. Daraus geht hervor, dass jugendliche Transgender und LGBT-Personen in der EU stark unter Angst, Isolation und Diskriminierung leiden, jedoch nationale Unterschiede zu erkennen sind.

- [FRA: LGBT-Erhebung in der EU](#) 

Internationaler Weltspieltag

Der internationale Weltspieltag wird weltweit jährlich am 28. Mai begangen. Er ist ein Aktionstag, der 1999 durch die International Toy Library Association eingeführt wurde. Mit dem Tag sollen Kinder und Jugendliche auf ihr Recht auf freies Spiel aufmerksam machen.

Veranstaltung über EU-Familienzusammenführungsrecht für Drittstaatsangehörige

Die Europäische NGO-Plattform für Asyl- und Migrationspolitik (EPAM) hat gemeinsam mit der Gruppe für Migrationspolitik (MPG) am 19./20. Mai 2014 eine Veranstaltung zum EU-Familienzusammenführungsrecht für Drittstaatsangehörige in Brüssel abgehalten. Die rund 50 Teilnehmer/innen aus 17 Mitgliedstaaten diskutierten vor allem den kürzlich von der EU-Kommission veröffentlichten Leitfaden zur Interpretation der EU-Familienzusammenführungslinie. Fokus lag dabei auf nationalen Fällen von Nichteinhaltung der Richtlinie, dem Potenzial des neuen Leitfadens und den wichtigsten Strategien für NGOs und Juristen die Umsetzung auf nationaler Ebene zu verbessern.

- [Leitfaden der EU-Kommission für die Anwendung der Familienzusammenführungsrichtlinie](#)  
- [EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung](#)

Europäischen Jugendevent EYE2014

Vom 09. bis 11. Mai 2014 fand das europäische Jugendevent EYE2014 in Straßburg statt. Ca. 5.000 Jugendliche diskutierten über die Zukunft Europas wie z.B. die Jugendarbeitslosigkeit und den Klimawandel. In Workshops mit Experten/innen, Journalisten/innen und EU-Abgeordneten zu Menschenrechten, der Jugendgarantie, der digitalen Revolution und Nachhaltigkeit entwickelten sie Ideen, wie das Europa von morgen aussehen soll. Die Ergebnisse werden im Juli während der ersten Plenarversammlung nach der Europawahl den EU-Abgeordneten übergeben. Am Vorabend präsentierte die EU-Kommission einen Überblick über die auf EU-Ebene ergriffenen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.

- [Überblick der EU-Kommission: EU-Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit](#)

Weltjugendkonferenz 2014

Die Weltjugendkonferenz fand vom 06. bis 10. Mai 2014 in Sri Lanka statt. Die Teilnehmer/innen haben eine Colombo-Erklärung verabschiedet, mit den dringlichsten Themen, die auf der Post-2015-Entwicklungsagenda (Millenniumsziele) stehen und diskutiert werden sollten. Dazu zählen z.B. Geschlechtergerechtigkeit, Anerkennung der Diversität Jugendlicher, Beendigung von Ungleichheiten sowie Armutsbekämpfung und Bildung. Unter den Teilnehmenden waren neben jungen Menschen aus aller Welt auch für Jugend zuständige Minister/innen, Regierungsvertreter/innen, Mitarbeiter/innen von UN-Behörden sowie Vertreter/innen von Jugendorganisationen und Jugendverbänden. Zudem wurde der Bericht „The state of youth policy in 2014“ vorgestellt. Er umfasst den derzeitigen Stand der Entwicklung von Jugendpolitiken und Jugendstrukturen weltweit.

- [Colombo-Erklärung der Weltjugendkonferenz 2014](#) 
- [Bericht der Youth Policy Press „The state of youth policy in 2014“](#)  

Deutschland: Einreisesperren für EU-Bürger/innen bei Sozialmissbrauch

Ein aktueller Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass EU-Bürger/innen künftig nicht wieder nach Deutschland einreisen dürfen, wenn sie Sozialleistungen missbraucht haben. Bisher können EU-Bürger/innen jederzeit zurückkehren, auch wenn ihnen wegen rechtlicher Verstöße das Aufenthaltsrecht aberkannt wurde. Das Einreiseverbot soll fünf Jahre nicht überschreiten und bis zu drei Jahren Haft oder eine Geldstrafe drohen, wenn zur Beschaffung von Aufenthaltsbescheinigungen falsche oder unvollständige Angaben gemacht werden. Der Gesetzesentwurf soll Anfang Juni vom Kabinett beschlossen werden.

Mehr Nachhaltigkeit in der europäischen Lebensmittelkette

Vertreter/innen aus den Bereichen Lebensmittel, Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz aus ganz Europa haben eine gemeinsame Empfehlung „Action towards a more sustainable European food chain“ veröffentlicht. Darin fordern sie die EU-Kommission auf, mehr Führung im Bereich der Lebensmittelnachhaltigkeit zu übernehmen. Ziel sei es, Ernährungssysteme zu entwickeln, die die Biodiversität und das Ökosystem sichern und die zukünftige Generation unterstützen.

- [Empfehlung „Actions towards a more sustainable European food chain“](#)  

Berichte und Studien

Berichte zur Umsetzung der Empfehlung „Investitionen in Kinder“ erschienen

Ein Netz unabhängiger Expert/innen für soziale Eingliederung war mit der Erstellung von Berichten für die 28 EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung der von der EU-Kommission ausgesprochenen Empfehlung „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ beauftragt worden. Die Berichte sollen die Handlungsprioritäten der Experten der einzelnen Mitgliedstaaten darlegen. Zudem sollen sie die EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Überwachung der Empfehlung unterstützen. In einem Synthesebericht werden Vorschläge zur Verbesserung bei der Umsetzung der Empfehlung auf EU-weiter und nationaler Ebene unterbreitet, die sich auf die wichtigsten Erkenntnisse der Berichte stützen.

- [Synthesebericht und Länderberichte zur Umsetzung der Empfehlung „Investition in Kinder“](#) 

Eurochild veröffentlicht seine Prioritäten für die italienische Ratspräsidentschaft

Eurochild hat seine wichtigsten Prioritäten für die italienische Ratspräsidentschaft, die ihr Amt vom Juli bis Dezember 2014 antritt, veröffentlicht. Darin fordert Eurochild unter anderem eine stärkere Unterstützung der sozialen Dimension und der Kinderrechte, die Reduzierung der Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung sowie die Ratifizierung des neuen Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention.

- [Eurochild Dokument: Prioritäten für die italienische Ratspräsidentschaft](#)  

FRA veröffentlicht Bericht über politische Teilnahme von Menschen mit Behinderung in der EU

Die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) hat einen Bericht über die politische Teilnahme von Menschen mit Behinderungen in allen 28 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die im Bericht präsentierten Grundrechtsindikatoren für Menschen mit Behinderung zeigen, dass es nach wie vor gesetzliche und administrative Hindernisse und Zugangsbarrieren gibt, die es Menschen mit Behinderungen untersagen, am politischen Leben ihrer Gemeinschaften, z.B. an der Wahl, teilzunehmen.

- [FRA Bericht: „Politische Teilnahme von Menschen mit Behinderung“](#)  
- [FRA Pressemitteilung, Informationen zur politischen Teilnahme von Menschen mit Behinderung](#) 

Eurostat: Zahlen zu Arbeitslosenquote in der EU

Eurostat hat aktuelle Zahlen über die Arbeitslosenquote im März 2014 veröffentlicht. In der EU28 lag die Arbeitslosenquote bei 10,5 Prozent, stabil gegenüber Februar 2014 und ein Rückgang gegenüber 10,9 Prozent im März 2013. In der EU28 stieg über ein Jahr betrachtet in zehn Mitgliedstaaten die Arbeitslosenquote, blieb in drei Staaten stabil und ging in fünfzehn zurück. Deutschland verzeichnete mit 5,1 Prozent neben Österreich 4,9 Prozent die niedrigste Quote. Auch die Zahl der Jugendarbeitslosigkeit ging gegenüber dem Vorjahr zurück.

- [Eurostat Pressemitteilung über Arbeitslosenquote in der EU](#) 

Bericht zur Lage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa

Der Generalsekretär des EU-Rats Thorbjørn Jagland veröffentlichte einen Bericht zur Lage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU. Dieser Bericht ist die erste zusammenfassende Analyse, die auf den Ergebnissen der Überwachungsprogramme des EU-Rats beruht. Demnach finden in ganz Europa weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen statt, darunter Korruption, Menschenhandel und Diskriminierung. Arbeitslosigkeit und Armut geben Extremismus und Konflikten zusätzliche Nahrung.

- [Bericht zur Lage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa](#)  

OECD-Studie zu Einwanderung

Laut einer aktuellen OECD-Studie zu Einwanderung sind die gesamten dauerhaften Migrationsströme in den OECD-Staaten im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 stabil. Deutschland gilt als zweitbeliebtestes Einwanderungsstaat nach den Vereinten Staaten. Zwischen 2011 und 2012 ist die dauerhafte Migration nach Deutschland um 38 Prozent gestiegen. Auch in Schweden, Frankreich und Finnland waren zunehmend leichte Zuwanderungsströme im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 zu erkennen.

- [OECD Studie zur Einwanderung](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- Jugend für Europa, AGJ: ["Europe in child and youth welfare"](#) (03 bis 05. Juni 2014, Berlin)
- COFACE: ["Final Launch event for the #DeleteCyberbullying Project"](#) (04. Juni 2014, Brüssel)
- International Forum for Child Welfare: "Investing in children and families" (09. bis 12. Juni 2014, Finnland)
- European Platform of Women Scientists: [„New Perspectives for Women Scientists’ Careers in Europe"](#) (11. Juni 2014, Paris)
- Work and family research network (WFRN): ["Changing Work and Family Relationships in a Global Economy"](#) (19. bis 21. Juni 2014, New York)
- Eurofound: ["What future for the active inclusion strategy?"](#) (16. Juni 2014, Brüssel)
- Jugend für Europa: [„Europa in der Kinder- und Jugendhilfe"](#) (24. Juni 2014, Berlin)
- Deutschland-Redaktion, Bill & Melinda Gates Stiftung: [„Impfen gegen Armut: Gesundheit als Fundament für eine nachhaltige Entwicklung"](#) (25. Juni 2014, Berlin)
- European Social Network, Italianischer Präsidentschaft: ["Investing in people and communities - Social inclusion and social development"](#) (07. bis 09. Juli 2014, Rom)
- Danish National Centre for Social Research: ["European Scientific Association for Residential and Foster Care for Children and Adolescents Conference"](#) (03./04. September 2014, Copenhagen)
- COFACE: ["The European Employers’ Forum for work-life balance"](#) (08./09. September 2014, Helsinki)
- European Children’s Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Protecting children as consumers: European perspectives"](#) (15. September 2014, Brüssel)
- European Children’s Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Children's rights and the global economic crisis"](#) (03. November 2014, Brüssel)
- Eurochild: [„Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families"](#) (26. bis 28. November 2014, Bucharest)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).